

Gegen die hohen Lebenshaltungskosten: für die Verteidigung von Kaufkraft und sozialer Gerechtigkeit

Weit entfernt von der "Welt danach", über die wir während dem ersten Lockdown diskutieren konnten, weit entfernt von einer "Rückkehr zur Normalität", ist die Welt heute in eine schlimmere Situation als zuvor gestürzt: Kriege (der in der Ukraine ist nicht der einzige), eine noch akutere Klimakrise (das einzige, was sich nicht geändert hat, ist die Untätigkeit der bürgerlichen Regierungen) und eine Wirtschaftskrise, die sich in Form der Inflation äussert. Alles steigt an, ausser die Löhne, Renten und Sozialleistungen.

Die Inflation in den USA liegt jetzt bei 7,9%, das ist die höchste Rate in den letzten 40 Jahren. In der EU liegt sie im Durchschnitt bei 5,8%. Andere Länder erleben eine beinahe schwindelerregende Inflation, weit über 50%, wie zum Beispiel die Türkei – wo die sozialen Folgen dramatisch sind – und Sri Lanka, wo die Inflation sowie das Missmanagement der Regierung zu einem Volksaufstand und einer politischen Krise geführt haben. In der Schweiz liegt die Inflation bei 2,4%, was nicht viel erscheinen mag. Aber auf der einen Seite trifft selbst diese Inflation bereits die Kaufkraft der ArbeiterInnenklasse, KMUs, Landwirtschaft und Industrie auf der anderen Seite wurde die Inflation in der Schweiz bisher durch die Aufwertung des Frankens gemildert – was die Kosten der Importe gesenkt hat. Die Wirksamkeit dieses Phänomens ist jedoch begrenzt und wird einen grösseren Preisanstieg in naher Zukunft nicht verhindern können.

Was in erster Linie steigt, sind die VerbraucherInnenpreise. Die Ursachen sind vielfältig: Es gibt einen raschen, aber unregelmässigen Aufschwung nach der Aufhebung der drastischsten Hygienemassnahmen, mit zusätzlichen Unterbrechungen der Lieferketten und den daraus resultierenden Engpässen. Es gibt die Folgen des Krieges in der Ukraine, mit dem Anstieg der Preise für Treibstoff und Lebensmittel, als Folge des Rückgangs der russischen und ukrainischen Exporte. Schliesslich gibt es Börsenphänomene: Insbesondere Ölgesellschaften erzielen derzeit Rekordgewinne und sind die Hauptprofiteure des Preisanstiegs an der Zapfsäule.

Dies sind die unmittelbaren Ursachen. Aber die Erklärung der inflationären Prozesse, die wir erleben, kann nicht darauf reduziert werden. Es handelt sich um ein systemisches Phänomen, kein konjunkturabhängiges. Inflation ist einfach die Form, in welcher sich die strukturelle Krise des Kapitalismus derzeit offenlegt. Diese Krise zeichnete sich bereits vor der Pandemie ab. Die Massnahmen zur Stützung der Wirtschaft durch einen massiven Zuschuss öffentlicher Gelder verhinderten zwar den Ausbruch einer Rezession, lösten jedoch nicht die Grundursache der Krise, sprich die Überakkumulation von Kapital. Im Gegenteil, sie haben es verstärkt. Um die Inflation einzudämmen, erhöhen die Notenbanken ihre Leitzinsen. Diese Drehung der Schraube könnte die Inflation begrenzen – was nicht einmal sicher ist – könnte aber umgekehrt eine Rezession oder eine Schuldenkrise oder beides verursachen. Dies würde zu einer neuen Sparpolitik führen, unter der die Bevölkerung leiden würde. Der Kapitalismus kann keine Lösung für seine eigenen Krisen finden, die er unweigerlich hervorruft.

Dieses Phänomen der Preissteigerungen und Engpässe, das im Westen schwerwiegend ist, ist in vielen Ländern der Welt eine Katastrophe. Das absolute Elend hat weltweit weiter zugenommen: Jeder zehnte Mensch leidet derzeit unter Hunger, eineinhalb Milliarden Menschen sind von Unterernährung betroffen und 13 Millionen weitere Menschen sind von Hungersnöten bedroht. All dies, während die imperialistischen Mächte ihre Waffenausgaben massiv erhöhen und MilliardenInnen Rekordprofite erzielen.

Das Problem steigender Lebenshaltungskosten ist nicht nur die Inflation, ob intern oder importiert. Hinzu kommen andere Phänomene, die die Kaufkraft der ArbeiterInnenklasse stark belasten. Zu den wichtigsten gehören der ungebremste Anstieg der Krankenkassenprämien – die 2023 nach einer "Pause" während der Pandemie voraussichtlich stark steigen werden – und die der Mieten. Diese beiden Phänomene unterscheiden sich von der Inflation selbst und haben ihre eigenen Ursachen: Ökonomisiertes Gesundheitssystem, das alle Arten von missbräuchlichen Praktiken privater Fonds zulässt und Wohnungsnot in Kombination mit Bodenspekulation.

Obwohl die Ursachen unterschiedlich sind, sind die Auswirkungen auf die Kaufkraft der ArbeiterInnenklasse die gleichen. Und es ist bereits brutal für die Ärmsten.

Angesichts der steigenden Lebenshaltungskosten empfiehlt die PdAS als unmittelbar anwendbare Massnahmen und Ziele des Kampfes für die ArbeiterInnen, um ihren Lebensstandard gegen die Übergriffe des Kapitals zu verteidigen:

- **Die Anpassung der Löhne an die Lebenshaltungskosten:** Der Nichtanstieg der Löhne oder ein Anstieg unter der Inflation würde *de facto* einen Rückgang dieser Löhne bedeuten. In der Schweiz gibt es keinen automatischen Indexierungsmechanismus, und die ChefInnen beabsichtigen nicht, die Löhne zu indexieren, und werden dies auch nicht freiwillig tun. Neoliberale "ExpertInnen" warnen uns vor dem Risiko einer sogenannten Lohn-Preis-Spirale im Falle einer Indexierung. Aber das ist eine Lüge. Es sind nicht die Löhne, die Inflation verursachen. Im Gegenteil, es ist die Arbeit, die allen Reichtum produziert, und die Forderungen nach Lohnerhöhungen entstehen, nachdem die Preise gestiegen sind. Im Laufe der Zeit aufgeschoben, kompensieren Lohnindexierungen den Kaufkraftverlust in der Regel nur teilweise. Steigende Preise sind eine Möglichkeit für das Kapital, seine Gewinne zu erhalten, wenn möglich zu steigern. Eine Inflation ohne Indexierung der Löhne wäre gleichbedeutend mit einer Steigerung der Profite, um die Aneignung von Reichtum durch das Kapital auf Kosten der weiteren Ausbeutung der Arbeit weiter zu erhöhen. Die PdAS unterstützt alle Initiativen der Gewerkschaften für die notwendige Indexierung der Löhne an die Lebenshaltungskosten. Wir glauben jedoch, dass einfache Verhandlungen im begrenzenden Rahmen des Arbeitsfriedens nicht ausreichen werden: Nur der Kampf wird es ermöglichen, ein Kräfteverhältnis aufzubauen, das ausreicht, um den Sieg zu erringen.
- **Die Anpassung der Renten an die Lebenshaltungskosten:** Aus dem gleichen Grund wie die Löhne müssen die Renten indexiert werden. Ihre *faktische* Senkung würde noch mehr RentnerInnen in die Prekarität werfen. Es gilt zu beachten, dass Renten ein Recht sind, das durch Arbeit erworben wird, und nicht eine "Ausgabe", bei der man kürzen könnte, um "Einsparungen" zu erzielen. Denken wir auch daran, dass die AHV ihren verfassungsrechtlichen Auftrag seit mehreren Jahrzehnten nicht erfüllt hat! Daher müssen die Renten an die Lebenshaltungskosten gekoppelt werden. Dies ändert nichts an der Notwendigkeit einer gründlichen Reform des Rentensystems in Richtung sozialer Gerechtigkeit statt einer Marktlogik. Mittelfristig treten wir für die Idee ein, die zweite Säule in die erste Säule zu integrieren.
- **Die Anpassung der Sozialleistungen an die Lebenshaltungskosten:** Alle Sozialleistungen und -beihilfen müssen unbedingt zumindest an den Anstieg der Lebenshaltungskosten angepasst werden. Das Gegenteil würde eine kalte Senkung derselben bedeuten, einen faktischen Sozialabbau, der durch nichts zu rechtfertigen und völlig inakzeptabel ist.

- **Preiskontrolle über Grundnahrungsmittel (einschliesslich Kohlenwasserstoffe):** Die Anpassung der Einkommen an die Lebenshaltungskosten wäre nutzlos, wenn es den Bürgerlichen einfach gelingt, mit der einen Hand das zurückzuholen, was sie mit der anderen aufgeben müssen (dies ist eine der Hauptursachen der Inflation). Angesichts der Gefahr von Engpässen und zur Eindämmung eines spekulativen Preisanstiegs – der es einer Minderheit ermöglicht, Rekordgewinne auf Kosten des Gemeinwohls zu erzielen – muss der Staat Preiskontrollen für Grundnahrungsmittel einführen. Der "freie Markt" kann per Definition das Phänomen, das er erzeugt, nicht regulieren. Ein verstärktes Eingreifen der öffentlichen Hand ist unerlässlich, um die Anarchie des kapitalistischen Marktes zu begrenzen und zumindest eine sozial gerechte Verteilung der Grundbedürfnisse zu gewährleisten. Die Organisationen, die die Bevölkerung vertreten, werden sicherstellen müssen, dass diese Kontrolle wirklich im Sinne der sozialen Gerechtigkeit erfolgt und nicht im Sinne von Absprachen zwischen dem Staat und dem Grosskapital. Eine Unterstützung für kleine Unternehmen muss vorgesehen werden, damit sie nicht unter diesen Massnahmen leiden.
- **Mietpreiskontrolle:** Eine staatliche Mietpreiskontrolle war in der Schweiz seit dem Zweiten Weltkrieg lange Zeit in Kraft, bevor sie nach und nach abgebaut wurde. Die Wohnungsnot und die spekulativen Praktiken auf dem "freien Markt", die zu einem unaufhaltsamen und weit über den VerbraucherInnenpreisen liegenden Anstieg der Bodenpreise und der Mieten führen, machen es notwendig, eine solche Kontrolle wieder einzuführen, die den missbräuchlichen Gewinnspannen der EigentümerInnen ein Ende setzt, die Mieten auf angemessene Tarife begrenzt, die MieterInnen vor ungerechtfertigten Zwangsräumungen schützt und Abrisse und Umbauten von Wohnungen nur dann zulässt, wenn eine sozialverträgliche Lösung herauskommen soll. Wir fordern auch, dass die Immobilienspekulation von Pensionskassen kontrolliert wird.
- **Deckelung der Krankenkassenprämien und Deflationierung der Fondsreserven:** Das KVG-System hat eindeutig Grenzen erreicht und ist in seiner jetzigen Form nicht mehr hinnehmbar. Die Höhe der Prämien wird untragbar, und ihre kontinuierliche Erhöhung ist nicht gerechtfertigt. Die Reserven der Fonds erreichen astronomische Summen, weit über die gesetzlichen Verpflichtungen hinaus, ohne jede Begründung. Die in gewissen Kantonen zu Unrecht von den Versicherten eingezogenen Beträge sind nur teilweise zurückerstattet worden, ohne dass eine Korrektur an einem System vorgenommen wurde, dessen Undurchsichtigkeit sonst nicht hinnehmbar ist. Es ist klar, dass eine tiefgreifende Reform des gesamten Systems in Richtung Transparenz, Fairness und soziale Gerechtigkeit – die Befreiung von der Marktlogik – erforderlich ist. In naher Zukunft muss jede weitere Erhöhung der Prämien abgelehnt werden; die Gelder müssen auf die Reserven zurückgreifen, die sie zu Unrecht angehäuft haben, wobei das Geld von den Versicherten gezahlt wird. Mittelfristig treten wir für eine öffentliche Krankenkasse mit einkommensabhängigen Prämien ein.
- **Entwicklung öffentlicher Dienstleistungen und öffentlicher Einrichtungen:** Anstatt dem kapitalistischen Markt und seinen Profitforderungen hinterherzulaufen, ist die Entwicklung von öffentlichen Dienstleistungen und Gemeinschaftseinrichtungen, die nicht gewinnorientiert, kostenlos oder kostengünstig und flächendeckend sind, der Weg in die Zukunft. Die beste Alternative zu teurem Benzin ist zum Beispiel der Ausbau eines leistungsfähigen, kostenlosen öffentlichen Verkehrsnetzes.

Der Anstieg der Lebenshaltungskosten ist keine vorübergehende Schwierigkeit, sondern ein strukturelles Phänomen. Um sie zu bewältigen, sind strukturelle Massnahmen erforderlich, nicht nur Linderungsmittel. Es muss auch gesagt werden, dass eine der Hauptursachen für die Verteuerung von Energie und für die drohenden Engpässe die Begrenztheit von nicht-erneuerbaren natürlichen Ressourcen ist, welche der Kapitalismus schamlos bis zur Erschöpfung ausgebeutet hat. Das derzeitige System hat keine Zukunft. Es muss dringend geändert werden. Die PdAS kämpft für eine sozialistische Gesellschaft, in der die unlösbaren Probleme, die der Kapitalismus geschaffen hat, endlich gelöst werden können.

Übersetzung FR-DE: Seyhan Karakuyu/Tarek Idri

Traduction DE-FR: Seyhan Karakuyu/Tarek Idri